

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Vereinigter Redakteur
Fritz Röhl.
Druck u. Verlag: Bauer Brude
Verlagsgeellschaft m.b.H.
Aus. Telegramm: "Kreiszeit"
Tageblatt: Auerzegelinge,
Sprech - Anschluß Nr. 43.

Anzeigenpreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.50 Mf. Bei der Geschäftsschule abwechselnd monatlich 4.50 Mf. Der Briefporto ist ebenfalls 13.50 Mf., monatlich 4.50 Mf. Durch den Briefporto frei ins Haus vierfach monatlich 14.40 Mf., monatlich 4.50 Mf. Erfreut täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unter Zeitungsmaterial und Ausgabenstellen, sowie aus Postämtern und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Werbeangebote, Postkarten oder deren Raum für Anzeigen aus Rus und dem Bezirk Schwerzenberg 20 Mf., ausserordentliche Anzeigen 25 Mf., Kalligraphie 25 Mf., Postkarte 10 Mf., Postkarte entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr, übernommen. Für Fehler im Tag kann Schwerzenberg nicht gescheitert werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Herausgeber erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 171

Dienstag, den 27. Juli 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Reichsregierung hat der Friedenskonferenz neues urkundliches Material über die vertragswidrige Handhabung der Volksabstimmung in Tilsit und Malmedy durch die Belgier übermittelt.

Die kommunistische Partei Deutschlands rief das Proletariat zu allgemeinen Massenfundgebungen für den Anschluss Deutschlands an Räterussland zu, kommandiert Sonntag auf.

Die französische Kammer hat den Friedensvertrag mit Bulgarien ratifiziert.

Beginn der russisch-polnischen Verhandlungen?

Russlands Antwort an Polen.

Einem Radiotelegramm aus Moskau zufolge wird die polnische Regierung Vertreter die mit Polen in Kontakt ausgetauscht sind, an den vor der russischen Regierung zu bezeichnenden Ort senden. Die russische Regierung wird gleichfalls die Zeit festsetzen, zu welcher sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen. Das Radiotelegramm, gezeichnet mit Tschitscherin, das die Sowjetregierung am 23. Juli an die polnische Regierung richtete, lautet: "An den Minister des Neuherrn Sabieba, Warschau: Die Sowjetregierung Russlands gibt den russischen obersten Heeresleitung den Befehl, mit den militärischen Kommandanten Polens sofort Verhandlungen einzugehen, die zu einem Waffenstillstand, der den endgültigen Frieden zwischen den beiden Ländern vorbereiten, führen können. Die russische Regierung wird die polnische Regierung über Ort und Zeit des Beginns dieser Verhandlungen zwischen den Militärkommandos der beiden Parteien unterrichten."

Zusammenkunft der russischen und

polnischen Parlamentäre am 30. Juli.

Nach einer in Wien eingetroffenen drahtlosen Debatte aus Moskau hat die obere russische Heeresleitung in einem Konsens das polnische Oberkommando aufgefordert, am 30. Juli, abend 8 Uhr, auf der Straße Karanowitz-Brest-Ostowez unter weisser Flagge seine Untertänigkeit für den Waffenstillstand den roten Vorhuten entgegenzustellen.

Die politische Wirkung der Annahme des Waffenstillstandsangebotes.

Anerkennung der Sowjetregierung durch die Entente?

Die Annahme des Waffenstillstandsangebotes der Polen durch die Sowjetregierung macht in Paris den besten Eindruck, insbesondere weil die Moskauer Antwort eine gewisse Sprache spricht. Die Tatsache, daß die Regierung in stande ist, die Truppen im vollen Siegeslauf aufzuhalten, wird als Zeichen ihrer Autorität aufgefaßt. Sollte man in den Waffenstillstandsverhandlungen den Geist der Verständigung weiter an den Tag legen, wie ihn die Antwortnote an Warschau zeigt, so sei es unerlaubt, daß sich die polnische Regierung gegenüber der Sowjetregierung wesentlich verbessern würde. Es herrscht die Auffassung, daß, wie auch die Bedingungen für Polen ausfallen mögen, man auf Grund der einfachen Tatsachen, daß der polnische Waffenstillstand angenommen wurde, daraus die Konsequenz heutzutag Deutschlands ziehen würde, das heißt das Erlichen Deutschlands. Vorsicht ist magg. regeln an der Ostgrenze zu treffen, als nicht mehr sinnvoll zurückzuweisen.

Aus London wird ferner gemeldet, die Sowjetregierung habe die englische Regierung wissen lassen, daß sie bereit sei, die Friedenskonferenz in London abzuhalten, wo neben Vertretern Russlands und Polens auch Vertreter der Alliierten zugegen sein sollen. Als Voraussetzung verlangen die Bolschewisten die Aussicherung des Generals Wrangel, dessen persönliche Sicherheit gewährleistet wird. In der Note an England teilt die Sowjetregierung mit, daß sie sich mit den polnischen Friedensunterhändlern treffen wolle, um die Waffenstillstandsbedingungen festzusehen.

Ungarns Hilfe für Polen von den Alliierten abgelehnt. Die Alliierten haben das Angebot Ungarns, Polen gegen den bolschewistischen Vormarsch militärische Hilfe zu leisten, abgelehnt. Die Alliierten haben darin nur einen Versuch Ungarns erblickt, zu einer Revision des Friedensvertrages zu gelangen; außerdem wollen sie die Bildung einer starken ungarischen Armee nicht begünstigen.

Mitteilung eines Munitionstransportes für Polen.

In Marburg traf gestern aus Gießen kommend ein für Polen bestimmter Munitionstransport ein, der auch Gewehre und Maschinengewehre enthielt. Im Gange befanden sich u. a. auch ausländische Offiziere. In Gießen weigerten sich die Eisenbahnarbeiter, den Zug weiter zu befördern. In Marburg sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die gegen die Weiterbeförderung des Transportes protestierte.

Der Zug bleibt vorläufig in der Nähe von Marburg liegen, bis weitere Anordnungen der Reichsregierung eintreffen.

Untertruppen für Polen in Danzig.

Obwohl die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Sowjetrussland begonnen hat, sind noch am Sonntag die ersten technischen Truppen der Entente für Polen in Danzig eingetroffen, vornehmlich Offiziere und Ingenieure. Im Hafen von Danzig laufen zahlreiche Ententeschiffe mit Kriegsmaterial für Polen ein.

Molotov und Lord Aberdeen in Warschau.

Der französische General Molotov hat, wie in Marienburg im französischen Kreis berichtet wird, Berlin mit seinem ganzen Stabe verlassen und ist im Automobil nach Warschau gefahren. Der Berliner englische Botschafter Lord Aberdeen reiste von Paris,

wohin er sich von Spa mit begeben hatte, direkt nach Warschau.

Der Vormarsch der Russen.

Aus Warschau wird gemeldet, daß nach Nachrichten, die aus der roten Front zum polnischen Generalstab gekommen sind, man im Roten Hauptquartier gedenkt, am Sonntag, den 1. August, in Warschau einzuziehen. Man rechnet damit, daß die in Tschietschins Telegramm angegebenen Mitteilungen für Ort und Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen noch einige Tage auf sich warten lassen werden. Die Polen gehen ständig zurück, besonders an der Nordfront, wo die Bolschewisten täglich 80 Kilometer vorrücken. Man befürchtet, daß die Obersüdheeresleitung sich nicht um die Befehle der Moskauer Regierung kümmert und ihren Vormarsch trotz der Gegenweisungen fortsetzen wird.

Spa im Reichstage.

Eine große Rede des Ministers Simons.

Der deutsche Reichstag trat gestern mittag zur Besprechung der Ergebnisse von Spa zusammen. Die Tribünen wiesen eine reiche Fülle auf, desgleichen waren Haus und Ministerbank stark besetzt. Präsident Obérschnietzke die Sitzung um 14 Uhr und redachte zunächst den deutschen Abstimmungstitel in Ostpreußen als Stolz und Trost für uns. Wir können jetzt der Abstimmung in Oberschlesien in Ruhe entgegensehen; sie erfüllt uns auch mit der Hoffnung, daß die anderen uns auferlegten Lasten des Versailler Friedens wieder gutgemacht werden, freilich nicht mit Gewalt, sondern aus der Macht des Rechts. Der Präsident dankte allen, die ihr Bekennen zum deutschen Vaterlande abgelegt haben. (Allseitiger Beifall.)

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten; sie wurde gemäß dem Antrag Burlage (Btr.) und Müller (Soz.) durch Burau erledigt. Abg. Schulze (Ostschwarzwald) bemerkte dabei, daß seine Partei ihre Bedenken gegen die Person des unabhängigen Vizepräsidenten noch immer bestehen, aber keine Konsequenzen mit Rücksicht auf die gesamte Lage daraus ziehen will. Der bisherige Präsident und der Vizepräsident wurden wiedergewählt.

Reichskanzler Tschirnach

erstattete sodann Bericht über Spa und dankte dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons für die geleistete Arbeit. Viel Neues lasse sich über Spa nicht sagen, zumal das meiste schon durch die Presse bekannt geworden sei. Die Verhandlungen hatten sich nicht zwischen gleichen Parteien vollzogen, sondern sie hätten den Charakter eines ultimatumartigen Diktates getragen. Zweimal standen wir vor der Frage des Abbruches der Verhandlungen. Wir haben uns schließlich gefügt, aber sowohl bei der Entwaffnungsfrage, wie bei der Kohlenfrage unser Standpunkt gewahrt. Unser Rechtsbeistand basiert auf dem Völkerrecht. Deshalb müssen wir den Einmarsch der fremden Truppen ablehnen. Gegen den Einmarsch gibt es nur ein Mittel, die eingegangenen Verpflichtungen so flogisch wie möglich zu erfüllen. In bezug auf die Reichswehr wurde uns nur eine Frist von einem halben Jahre zugestanden. Auch in der Entwaffnung unseres Volkes müssen wir dem Wunsche der Entente entsprechen, um das Misstrauen zu beseitigen. Es warne deshalb vor etwaigen Putschern oder Unruhen. In den nächsten Tagen werde eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Hause zugehen. Auch in der Kohlenfrage sind viele Sachverständige der Ansicht, daß die uns auferlegten Lasten unmöglich seien. Über in der Gefahr greite man zu dem letzten Mittel, um das große Unglück des Vaterlandes zu vermeiden. Der Reichskanzler dankte der Bergarbeiterchaft für ihre vaterländische Kundgebung, daß sie die Last auf sich nehme, und desgleichen auch den Transportarbeitern, die im Reichswirtschaftsrat eine ähnliche Erklärung der Bereitwilligkeit abgegeben haben.

Minister des Neuherrn Dr. Simons

verwies zur Unterschaltung seiner Ausführungen auf die vom Auswärtigen Amt herausgegebene Denkschrift. Er dankte im Namen des Kabinetts allen Sachverständigen für ihre hingebende Tätigkeit. Für die Ergebnisse von Spa aber tragen die Minister gemeinsam die Verantwortung und härten des Urteils des Hauses. Er bitte nicht den einzelnen nachzuforschen, wie sich jeder einzelne Minister zu den einzelnen Punkten gestellt hat. Für uns war es ein Wingen um die einzelnen Punkte. Für die Entente war es mehr, es handelt sich darum die Verteilung der Beute von Versailles. Daß unsere Gegner den Friedensvertrag von Versailles außerordentlich ernst nehmen, ist uns in Spa klar geworden. Da heißt es nicht immer vom Schachkriegen zu reden, sondern die Söhne stillschweigend zusammenzubringen und ihn durchzuführen versuchen. Der Frieden entspricht weder dem Waffenstillstand, noch dem Völkerrecht. Wir müssen warten, bis eine höhere Macht die Gegner eines besseren belehrt. Bis dahin aber wollen wir uns be-

halten, dem Vertrag zu entsprechen. Die Alliierten würden den Einmarsch ins Ruhrgebiet als einen Sprung ins Dunkle nur sehr ungern vorgenommen haben. Er freue sich, in dem Botschafter Lauren einen Mann nach Berlin bekommen zu haben, der die wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich wieder aufzubauen wolle. Redner kommt dann auf die Flaggenangemessenheit zu sprechen. Wir waren im Unrecht und mußten für den Streich eines Toren Genugtuung geben. Gegen die französische Gesandtschaft in München habe er bereits protestiert. Trotzdem habe Herr Tard den bayerischen Ministerpräsidenten wie Giesen aus dem Buch überrumpt. Bayern seinerseits wird keinen Gesandten nach Paris schicken. Eine Durchdringung der bayerischen Regierung wegen etwaiger Errichtung einer neuen Mainline sei absolut unangebracht. Was die Verhaftung Dr. Dorfens anlangt, so habe er für derart eigenmächtige Handlungen einzelner Regierungstellen kein Verständnis. Herr Dorfen sei bereits wieder unterwegs nach Wiesbaden. In der Kohlenfrage hat Lloyd George zu unseren Gunsten eingegriffen. Er hat dabei sicherlich nicht an unseren Vorteil gedacht, aber er hat einen offenen Blick, und ich will ihm, der jetzt erkrankt sein soll, wünschen, daß er bald wieder hergestellt sein wird. Mit Italien werden sich unsere Beziehungen bald wieder einrennen. Mit Amerika befinden wir uns noch immer im Kriegszustand. Ein Ende ist vor März nächsten Jahres nicht abzusehen. Dafür segnen aber drilben humanitäre Besprechungen ein, für die wir herzlich danken.

Dr. Simons besprach sodann die äußeren Erlebnisse in Spa. Der Minister ging darauf zu einer Schilderung des Verlaufs der Konferenz über und legt dar, wie allmählich sich an Stelle des blauen Diktates die Möglichkeit von Verhandlungen ergab, was namentlich bei der Abänderung der Sicherheitspolizei zutage trat. Bei der Entwaffnungsfrage blieb die Entente unbestimmt, trotz der drohenden Verwicklungen im Osten. Wir wollen in dem russisch-polnischen Kampfe neutral sein, aber der Versailler Vertrag macht das schwer. Wir lassen daher keine Transporte für die beiden Mächte durch unser Gebiet hindurch und haben jede Ausfuhr von Waffen und Munition dorthin untersagt. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die völkerrechtliche Regierung bereits anerkannt. Das sei schon zurzeit des Friedens von Brest-Litowsk der Fall gewesen. Er sehe auch nichts Schlimmes in der Sowjetrepublik. Es werde dort eine rege Aufbautätigkeit getrieben, welche uns vielfach als Muster dienen könnte. (Beifall links, Burau: Das habt Ihr wohl nicht erwartet?) Nun hat man uns geraten, uns in Rußland zu retten, um die Versailler Verpflichtungen loszuwerden. Dagegen werden wir uns entschieden wehren. Wir haben an einem 30jährigen Krieg genug. Wenn Polen seine künftige Aufgabe darin sieht, eine Barriere zwischen Rußland und Deutschland zu bilden, werde es eine höchst ungünstige Zukunft haben. Das Gegenteil könne der Fall sein, wenn es eine Freundschaft sein sollte. Deutschland habe nichts gegen Polen.

Der Minister kam sodann auf Bela Kun zu sprechen. Nachdem das Auswärtige Amt Kenntnis von der Unwesenheit Bela Kun's erhalten hätte, mußte es der Entente lohn, wie Ungarn gegenüber einzutreten und ihn und seine Kollegen festnehmen. So lange die Gefangenommenen sich bei uns befinden, wird ihnen nichts geschehen. Stellt sich heraus, daß Bela Kun nur ein politischer Verbrecher ist, wird er dorthin gebracht werden, wohin er wünscht, im anderen Falle wird er aufgefertigt. Der Minister befahl ferner die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, verlas die dort angenommenen Resolutionen und appellierte an das Haus, diese Forderungen zu unterstützen. Er schloß mit einem Ausblick auf Genf wo zwischen unseren Leistungsfähigkeiten und den Bedürfnissen Frankreichs die Wette gezogen werden müsse, und appellierte an das Haus, den Regierung das gleiche Vertrauen mit auf den Weg zu geben, wie bei der Konferenz in Spa. — Die Weiterbesprechung wurde sodann auf den heutigen Dienstag vertagt.

Die finanzielle Ausplündierung der Deutschböhmern.

Ein hervorragender deutschböhmischer Politiker äußerte sich über das tschecho-slowakische Kriegsanleihegesetz, das einer Vermögensaufsicht für die Deutschböhmern gleichkommt, einem Berichterstatter gegenüber ungefähr folgendermaßen:

Gegen den Willen des deutschen Volkes in der Tschecho-Slowakei ist das jedem Rechtsbegriffe widerstrebende Kriegsanleihe-Gefüllungsgegesetz nunmehr in Kraft getreten. Es lehnt die Verpflichtung ab, die Kriegsanleihe voll anzuerkennen und zu verzinsen. Auf Kosten der Deutschen sollen dem tschecho-slowakischen Staate die Millionen zur Verfügung gestellt werden, damit er seine Großmachtspolitik weiter betreiben kann. Jeder Deutschböhme weiß, daß der Kriegsanleihebestitzer mit der Durchführung dieses Gesetzes an den Bettelstab gebracht werden und daß in Kürze tschechisches Großkapital sich in den Besitz deutscher Bodens legen wird. Über jeder weiß auch, daß der Staat diese Belastungskörbe kaum ausstehen und daß das Ausland sich seinen Vers zu diesem Vorhaben machen wird. Wir haben in den letzten 1½ Jahren gesehen, daß man mit brutaler Gewaltanwendung allerdings momentan manches erreichen kann, besonders gegen die Deutschen, die geradezu eine Freude am Geschöpfer und eine Bereicherung für die Macht haben; aber damit ein Gemeinwesen blühe und sich entwickele, braucht es mehr: Es braucht das Vertrauen zur Regierung, Liebe zum Staate, Stolz auf ihn, Ehrgeiz für ihn, kurz es braucht Patriotismus.

Die Krise der Staatsfinanzen wird mit jedem Monat schlimmer, die Milliardendefizite wachsen, und mitten in diesen kritischen Verhältnissen wird, anstatt das Vertrauen zu den Staatspapieren wiederherzustellen, durch das Kriegsanleihegesetz das letzte Vertrauen zum Staate vernichtet. Und warum dies alles? Weil die Tschechen in ihrem Chauvinismus durch die verlustbringende Kriegsanleiheentlösung die Deutschen treffen wollen; das ist der leitende Gedanke bei dem Zustandekommen des erwähnten Gesetzes. Niemand hat hierzulande eine Karezinbung der Kriegsanleihe verlangt, sondern nur eine volle Anerkennung im Wege eines Stücktauschs bei gleichzeitiger Wiederaufnahme der Vergütung. Die Konstruktion der Kriegsanleihe hat ergeben, daß sich in der Tschecho-Slowakei nicht mehr als 7,5 Milliarden Kriegsanleihe im Umlauf befinden, wo von allerdings die größere Summe in den Händen der Deutschen ist. Man hätte also nichts anderes zu tun brauchen, als in die laufenden Ausgaben des Staatshaushaltes 400 Millionen Kronen an Zinsen einzustellen. Dadurch wäre das gesamte Wirtschaftsleben des Landes intakt geblieben, und das Mehrfache des aufgewendeten Zinsenbetrages wäre in Gestalt von Steuern und Abgaben wieder an die Staatsfassen zurückgellossen. Das heutige Staatsbudget weist an Ausgaben 9 Milliarden Kronen auf, wovon allein die Hälfte auf militärische und sonstige unproduktive Zwecke entfällt. Ist es demnach nicht Wahnsinn, durch die Ablehnung der Verpflichtung der vollen Anerkennung und Vergütung der Kriegsanleihe die Staatsbürgler der Vergeltung anheimzugeben? Nein! Es ist fühlbare Berechnung der tschechischen Regierung, die auf dem Umwege über die niedergebrochenen deutschen Finanzinstitute Einfluß auf das deutsche Wirtschaftsleben gewinnen will und somit den Tschechisierungstendenzen bis zum letzten deutschen Arbeiter hinab Tür und Tor öffnet. Immer mehr erkennen jetzt die deutschen Volksvertreter diese dem deutschen Volke drohende Gefahr, und die Stunde kann nicht mehr fern sein, wo die 4 Millionen Deutschen, ihrer Kraft und Stärke bewußt, handeln auf den Plan treten werden. Das Verhalten des Staates wird sich bald an ihm selbst bitter rächen. Er hat jeden Anspruch auf Kreditwürdigkeit verwirkt.

Kleine politische Meldungen.

Das Weißbuch der Reichsregierung über die Spa-Konferenz ist erschienen. Es enthält an tatsächlichem Neuem nichts, sah aber die Verhandlungen in ausführlicher, übersichtlicher Weise zusammen. Die Veröffentlichung stellt also eine zuverlässige und wertvolle Ergänzung der bisherigen Berichterstattung über Spa dar, die als Material besondere Beachtung verdient.

Kein Rücktritt des Reichskohlenkommissars. Die Nachricht vom Rücktritt des Reichskohlenkommissars Geheimrat Stugz bestätigt sich nicht. Geheimrat Stugz teilte mit, er würde es als Fahnenflucht ansehen, wenn er in diesem kritischen Augenblick seinen Posten verlassen wollte. Wenn allerdings große Umorganisationen der Kohlenwirtschaft eintreten sollten, so würde er sich zu einem späteren Zeitpunkt die Frage seines Verblebens im Amt wohl überlegen.

Das deutsch-holländische Kohlenabkommen. Das zwischen Holland und Deutschland abgeschlossene Kohlenabkommen wird holländischerseits zum Gegenstand einer diplomatischen Aktion gemacht. Holland hat die Absicht, von Deutschland bestimmte Burgenstaaten über Lieferungen von Kohlen und die Erfüllung der übrigen, dem wirtschaftlichen Abkommen zugrunde liegenden Bestimmungen zu erhalten.

Abgelehnt: Bergarbeiterstreit in Mitteldeutschland. Die Abstimmung der Belegschaft im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, die rund 142 000 Männer zählt, wurde in zwei Teilen vorgenommen: 1. für und gegen einen Schiedsspruch und 2. für und gegen einen Streit. Für Schiedsspruch stimmten 21 288, gegen 24 806. Für Streit stimmten 49 908, gegen Streit 26 442. Nicht abgestimmt haben 66 450. Da die Dreiviertel-Mehrheit nach den vorliegenden Zahlen bei weitem nicht erreicht wurde, gilt der Streit für abgelehnt.

Die französische Gesandtschaft in München. Die bayrische Staatsregierung hat einen eigenen Protest gegen die Entsendung des französischen Gesandten in München abgelehnt. Es war beabsichtigt, daß dieser Protest, unabhängig von dem Protest der Reichsregierung in Paris übersehen werden sollte.

Vergangung der Genfer Konferenz. Die Times melden: Die polnisch-russische Frage wird voraussichtlich zu einer Vergangung der neuen Konferenz mit den Deutschen in Genf führen. Die Dringlichkeit der polnisch-russischen Frage für die Alliierten beweist, daß Lloyd George seinen Sommerurlaub, den er am 1. August antreten wollte, bis zu ihrer Erledigung aufzugeben mußte.

Die Sozialisierung in Sachsen.

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft hat einen Bericht über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahre 1919/20 an den Haushaltsausschuß der Volkskammer erstattet, dem folgendes zu entnehmen ist: Es wird zunächst betont, daß die Landesstelle ihren Aufgaben und ihrem ganzen Wesen nach nichts anderes sein kann als ein wissenschaftliches Forschungsinstitut. Sie stand bei Beginn ihrer Tätigkeit vor leeren Tischen und Schränken und mußte sich daher erst das nötige Material verschaffen. zunächst nahm man eine Klärung und Vertiefung des Problems der Sozialisierung in Angriff, u. a. auch durch verschiedene Veröffentlichungen über die Sozialisierung der Apotheken und der Kinos, über ein Reichsmilchgesetz usw. Ferner hat die Landesstelle dem Wirtschaftsministerium Vorschläge unterbreitet, die eine Sozialisierung bestimmter Wirtschaftsbereiche zum Ziele haben. Die für den Weltmarkt arbeitenden Industrien könnten nicht sozialisiert werden, weil Sozialisierung planmäßige Regelung der Produktion bedeute zum Weltmarkt aber auch der deutsche Markt gehöre. Für die Ueberführung in Gemeinwirtschaft seien in erster Linie die marktlosen Wirtschaftsbereiche ins Auge zu fassen, so das Verkehrswesen, Wasser-, Strom- und Gasversorgung, ferner Wirtschaftsbereiche mit stabilem Markt, wie die Kohlenproduktion, die Lebensmittelversorgung usw. Mit der Sozialisierung der Stromversorgung ist in Sachsen bereits 1918 begonnen worden, während die Kohle von der Reichsgesetzgebung mit Beschlag belegt worden sei. Für eine Sonderregelung in Sachsen blieb aber die Wasserversorgung übrig. In einer im September 1919 ans Wirtschaftsministerium gerichteten Denkschrift hat die Landesstelle die Notwendigkeit und die Möglichkeiten für eine Reform der Wassergesetzgebung und des Fischereirechtes in gemeinwirtschaftlichem Sinn dargelegt. Eine entsprechende Vorlage ist aber bis jetzt von der Regierung noch nicht fertiggestellt worden.

Ferner hat die Landesstelle sich durch Umfragen ein Bild von dem Stand der Gemeinwirtschaft in den Gemeinden und von der Entwicklung der staatlichen Betriebe verschafft. Das Material soll dem nächsten veröffentlicht werden. Die Landesstelle hat sich weiter für einheitliche Regelung der Gasversorgung auf gemeindlicher Grundlage eingesetzt. Eine entsprechende Verordnung ist inzwischen ergangen. Ferner hat die Landesstelle die Sozialisierung der Baubetriebe praktisch in Angriff genommen. Sie ist mit Bauarbeiterorganisationen in Verbindung getreten zwecks Gründung von Bauarbeitergenossenschaften, die sie nicht nur mit Rat unterstützt hat, sondern auch dadurch, daß sie ihnen Betriebskapital und Austräge zu verschaffen suchte. Auch die Sozialisierung der Riegeleien und Steinbrüche, der Forsten und Holzsägereien hat die Landesstelle in den Kreis ihrer Untersuchungen gezogen. Ihre sofortige Durchführung zur Verbilligung der Baustoffe vorschriften, verbot die wissenschaftliche Gewissenhaftigkeit. Wie alle Erfahrungen beweisen, die hervorragendsten Vertreter des Sozialisierungsbundes bestätigen, es in in der Natur der Sache auch begründet ist, daß durch eine Sozialisierung wieder die sofortige Verbilligung der Produkte noch eine sofortige Erhöhung der Löhne herbeigeführt werden. Die Mehrwertsteuerung fällt der Unternehmergegenwart kann durch die Sozialisierung nicht ausgeglichen werden, weil der Mehrwert zur Akkumulation (Kapitalbildung) gebraucht wird ohne die es keine Entwicklung der Produktion, keinen Ausbau der Betriebe und somit auch keine Steigerung der Produktivität geben kann. Ein sozialisiertes Betrieb föhrt der Unternehmergegenwart dem Staat, der Gemeinde oder Genossenschaft zu, die Produktionskosten bleiben zunächst dieselben wie beim Privatbetrieb, und erst durch den weiteren Ausbau der Produktions- und Betriebsweise kann eine Steigerung der Produktivität erzielt werden, die allein zu einer Verbilligung des Produktes zu führen vermag.

Die Sozialisierung der für die Baustoffherstellung in Betracht kommenden Industriezweige hält die Landesstelle für notwendig und durchführbar, doch verlange diese Sozialisierung große Vorbereitungen und vorstüttiges Vorgehen. Ein Experimentieren vorgeschlagen, kann die Landesstelle mit ihrem Verantwortlichkeitsgefühl und ihrer wissenschaftlichen Gewissenhaftigkeit nicht vereinbaren. Für das Genossenschaftsamt hat die Landesstelle eine besondere Richterstattung eingerichtet, deren Tätigkeit am 1. August beginnt. Nach die Frage der Nationalisierung der Produktion (allgemeine Betriebsnationalisierung und zweckmäßige Gestaltung der menschlichen Betriebsarbeit) ist von der Landesstelle gefordert worden, sie hat auch Rücksicht mit dem Reichsarbeitsministerium genommen und den Reichsbehörden zahlreiche Anregungen gegeben, die weiter verfolgt werden. Durch Verfügung des Wirtschaftsministeriums ist bei der Landesstelle eine Hauptstelle für wissenschaftliche Arbeitsschaffung errichtet worden.

Die Sozialisierung der für die Baustoffherstellung in Betracht kommenden Industriezweige hält die Landesstelle für notwendig und durchführbar, doch verlange diese Sozialisierung große Vorbereitungen und vorstüttiges Vorgehen. Ein Experimentieren vorgeschlagen, kann die Landesstelle mit ihrem Verantwortlichkeitsgefühl und ihrer wissenschaftlichen Gewissenhaftigkeit nicht vereinbaren. Für das Genossenschaftsamt hat die Landesstelle eine besondere Richterstattung eingerichtet, deren Tätigkeit am 1. August beginnt. Nach die Frage der Nationalisierung der Produktion (allgemeine Betriebsnationalisierung und zweckmäßige Gestaltung der menschlichen Betriebsarbeit) ist von der Landesstelle gefordert worden, sie hat auch Rücksicht mit dem Reichsarbeitsministerium genommen und den Reichsbehörden zahlreiche Anregungen gegeben, die weiter verfolgt werden. Durch Verfügung des Wirtschaftsministeriums ist bei der Landesstelle eine Hauptstelle für wissenschaftliche Arbeitsschaffung errichtet worden.

Die Sozialisierung der für die Baustoffherstellung in Betracht kommenden Industriezweige hält die Landesstelle für notwendig und durchführbar, doch verlange diese Sozialisierung große Vorbereitungen und vorstüttiges Vorgehen. Ein Experimentieren vorgeschlagen, kann die Landesstelle mit ihrem Verantwortlichkeitsgefühl und ihrer wissenschaftlichen Gewissenhaftigkeit nicht vereinbaren. Für das Genossenschaftsamt hat die Landesstelle eine besondere Richterstattung eingerichtet, deren Tätigkeit am 1. August beginnt. Nach die Frage der Nationalisierung der Produktion (allgemeine Betriebsnationalisierung und zweckmäßige Gestaltung der menschlichen Betriebsarbeit) ist von der Landesstelle gefordert worden, sie hat auch Rücksicht mit dem Reichsarbeitsministerium genommen und den Reichsbehörden zahlreiche Anregungen gegeben, die weiter verfolgt werden. Durch Verfügung des Wirtschaftsministeriums ist bei der Landesstelle eine Hauptstelle für wissenschaftliche Arbeitsschaffung errichtet worden.

Von Stadt und Land.

Mo., 27. Juli 1920.

Gründung des Genesungshauses des Ortskrankenkassenverbandes. Wie unsere Leser wissen, hat der Verband der Ortskrankenkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, der sämtliche 19 Ortskrankenkassen unser Bezirks umfaßt, Anfang dieses Jahres die bekannte Commerzialschule Nitschhammer in Obermittweida zwecks Umwandlung in ein Genesungshaus erworben, dem der Name Genesungshaus im Nitschhammer beigelegt worden ist. Der Errichtung dieses Heimes ist, wovon wir des öfteren Mitteilung machen, aus allen Kreisen des Bezirkes lebhafte Interesse entgegengebracht worden, das in zahlreichen Stiftungen durch Städte und Gemeinden sowie auch von privater Seite Ausdruck fand. Nach Beendigung der notwendig gewesenen baulichen Veränderungen findet die Gründung des Heimes am Sonntag, den 8. August ab 11 Uhr, mit zunächst 20 Besuchern statt. Mit ihr ist eine der Bedeutung dieses Alters entsprechende einfache Feier verbunden, wozu Vertreter der Behörden, der Presse, der Verbandskassen, die Zeichner namhafter Spenden usw. eingeladen sind. — Wir werden über die Feier zur gegebenen Zeit unseren Bericht erstatten.

Falsche Tausendmarkscheine in Umlauf! In letzter Zeit treten Nachbildungen der Reichsbanknoten zu 1000 M. mit dem Ausgabedatum vom 21. 4. 1910 auf. Sie sind bei einiger Aufmerksamkeit bei der Annahme an nachstehend aufgeführten Merkmalen kenntlich: Die Herstellung der Fälschung ist unter Bußfahrtnahme der Photographie im Lichtdruck erfolgt. Die falschen Noten sind daher in ihrem Aussehen einer Photographie ähnlich. Bei getreuer Wiedergabe treten die Einzelheiten der Zeichnung nicht in der Schärfe echter Noten hervor. Der sonst einwirkende Fälschstreifen ist durch aufgestreute und scharf angeprehte, stark gefärbte Fäsern nachgeahmt. Unter dem Fälschstreifen sind Spuren von Farbstoffübertragungen (blauviolett gefärbt) sichtbar. Nummern und Stempel sind in gelblich-grüner Färbung aufgetragen. Die Stempel, von auffallend geringer Schärfe, haben außerdem ein von dem echten abweichendes Bild des Adlers. Vor Annahme dieser Nachbildungen wird gewarnt.

Die Kinderhilfsspielen im Schwarzenberger Bezirk. In diesen Tagen statteten, wie uns mitgeteilt wird, Vertreter der Kinderhilfssmission der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika dem Schwarzenberger Bezirk einen Besuch ab. Unter ihnen befand sich insbesondere der Chef der Propaganda-Abteilung. Er ist vor einigen Wochen von Amerika zur Vereisung Deutschlands herübergekommen und wird in etwa 14 Tagen zurückkehren, um in Amerika über das Gehöre Bericht zu erstatten. Die Herren bestätigten unter Führung des Amtshauptmanns Dr. Rätscher die Kinderhilfsspielen in Zschorlau, Schneeberg, Neuhausen, Oelsnitz, Schönheide, Elbenstock und Carlsfeld. Sie gewannen hierbei anschließend die Überzeugung, daß sich ihr Hilfswerk hier in guten Händen befindet. Bei der nunmehr seit Anfang Mai im Schwarzenberger Bezirk stattfindenden Kinderhilfsspiel sind recht gute Erfolge erzielt worden. Nach vier bzw. achtwöchiger Speisung konnten bei vielen Kindern eine wesentliche Besserung des Gesundheitszustandes und erhebliche Gewichtszunahmen festgestellt werden, sodass man an ihrer Stelle andere bedürftige Kinder aufnehmen kann. Nach einer Mitterung der Kinderhilfssmission wird die Speisung während des Sommers und Winters wesentlich eingeschränkt. Mit Rücksicht auf dringende Bitten der Amtshauptmannschaft hat die Kinderhilfssmission die Mahlzeitenzahl für den Schwarzenberger Bezirk aber nur um etwa 25 %, herabgelegt, so daß vom 1. August ab immer noch 1800 Kinder täglich gespeist werden können.

Wander- und Jugendherbergen. Das Jugendamt, Abteilung für Leibespflege hat u. a. die Aufgabe, das Wanderherbergewesen nach Möglichkeit zu fördern. Es dürfte noch nicht hinreichend bekannt sein, daß gegenwärtig in Sachsen über 60 solcher Unterkunftsstätten in Betrieb sind. Nur das Fehlen einer übersichtlichen Zusammenstellung mag schuld daran sein, daß die Herbergen noch nicht ausgiebig benutzt werden. Es ist sehr zu wünschen, daß die teilweise mit bedeutenden Mitteln errichteten Unterkunftsheime von weitesten Kreisen in Anspruch genommen werden.

Bundessmittel für produktive Erwerbslosenfürsorge. Bekanntlich hat die sächsische Volksschule in ihrer letzten Sitzung 40 Millionen Mark für produktive Erwerbslosenfürsorge bewilligt. Dieser Betrag ist dazu bestimmt, ausschließlich als Zuschuß für sächsische Gemeinden Verwendung zu finden, die Notstandsarbeiten vornehmen. Dagegen ist nicht geplant, diese 40 Millionen Mark oder einen Teil davon dem Staat als solchem zur Verfügung zu stellen, damit er im Interesse der Arbeitslosen selbst als Unternehmer auftreten kann. Streitig ist nur noch die Frage, ob und inwieweit die produktive Erwerbslosenfürsorge der Privatindustrie nach Firmenunterstützung genutzt werden darf.

Bundessmittel für Aus am Mittwoch, den 28. Juli: Auf die Bezirkslebensmittelkarte, Abschnitt Z 3, 250 Gramm Marmelade zum Preis von 1,85 M. — Es sei daran erinnert, daß morgen die Ausgabe der Zucker-, Kartoffel- und Warenkarten erfolgt.

Mitföhrung des Zwangswirtschafts für Speisefette. Mit Rücksicht auf die erheblichen im Innland vorhandenen Bestände an Rohstoffen, sowie die Möglichkeit weiterer Rohstoffeinfuhr zu verhältnismäßig günstigen Weltmarktpreisen erscheint die Zwangswirtschaftsführung der Margarine nicht länger erforderlich und die Deckung des Bedarfes der Bevölkerung im freien Handel gesichert. Es wird deshalb vom 1. August ab die bisherige Zwangswirtschaftsführung der Margarine aufgehoben. Das gleiche gilt für Kunstspeisefette, Speisefette (Rohfette von Rindfleisch und Schafen) und Speisefäden. Unfolgedessen werden vom 1. August ab diese Speisefette nicht mehr behördlich zugeteilt, sondern die Bevölkerung kann ihren Bedarf ohne Marken im freien Handel decken.

Beinsalze für Kriegsbeschädigte, das Stück zu 8,70 M. wird gegen Vorlegung des Rentenquittungsbuches

morgen, am Mittwoch, im Ortsamt für Kriegsfürsorge, Stadthaus, Zimmer Nr. 17, ausgegeben.

Die Bücher werden billiger. Der Deutsche Verlegerverein als bestellter Vertreter des deutschen Verlages fordert, wie man aus Leipzig schreibt, in einer Erklärung: 1. Aufhebung jeglichen Sortiment-Teuerungszuschlages für alle seit 1. 1. 20 erschienenen Bücher, Zeitschriften usw. ohne Rücksicht auf den Preis, für alle Werke im Preise von 50 Mr. und mehr. 2. Beschränkung des Sortiment-Teuerungszuschlages für alle anderen Bücher, Zeitschriften usw., soweit sie vor dem 1. 1. 20 erschienen sind, auf 20 Prozent für Bücher mit einem Ladenpreis unter 20 Mr. und 10 Prozent für Bücher mit einem Ladenpreis von 20—50 Mr. Der Vorstand des Deutschen Verlegervereins ist überzeugt, daß diese Forderungen einen Abbau des Sortiment-Teuerungszuschlages zulassen, der für das Sortiment nach den Buchpreisteigerungen der letzten Monate durchaus erträglich ist.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Ein expressionistischer Film im Apollo-Theater. Im Apollo-Theater wird gegenwärtig ein Film vorgeführt, der nicht verhindert wird, großes Aufsehen zu erregen: Das Kabinett des Dr. Caligari. Nicht die reichlich abenteuerliche Handlung ist bei dem Film das Entscheidende; wesentlich scheint, daß es dem Regisseur gelungen ist, das romantisch Gemeinschaftsliebende, das Witz und Humor der Handlung materiell zu durchdringen. Es wird ein expressionistisches Experiment gewagt. Und es ist restlos gelungen. Mit Hilfe dreier Männer — Hermann Burm, Wolter Reimann und Walter Röhrig — ist eine bewegend einwandfreie Sillierung gelungen, die das naturalistische Element nicht ausschaltet. Diese Brennbausgeschichte, im Stoff schon die Hölle verzerrter Gestaltenbergend, ist so oder ähnlich oft genau dargestellt. Erstaunlich ist, wie sie durch die expressionistische Linie an Ausdrucksfähigkeit gewinnt. Das Werk wird von den reizenden Al. Dogover, dem hier in seinem ehemaligen Adelshaus lebenden Conrad Veidt, dem jungen Hans Heinrich v. Twardowski und Werner Krauß mit feinstem Erkenntnis der neuen Form dargestellt. Es darf als zweitloses angesehen werden, daß dieser Film dem Kinotheater Apollo, das mit seinem Erwerb eine künstlerische Tat vollbracht hat, auch künstlerisch interessierte Kreise zusüchtet wird, die nicht zu den ständigen Kinobesuchern gehören.

Schneeburg, 26. Juli.

Hermann Möbel †. In Dresden, wo er seit Ostern 1911 seinen Ruhestand verlebt, ist am 24. Juli Seminaroberlehrer i. R. Hermann Möbel verstorben. Seine langjährige Wertsamkeit für unser Erzgebirge wird untergestellt bleiben. Er war am 21. November 1849 in Lommagau geboren, und kam 1872 an die Stadtschule zu Neustadt, und nun lebt seine Wertsamkeit für unser Gebirge ein, die sich um so ehrlicher gestaltet, als er 1878 am Lehrerseminar zu Schneeberg angestellt wurde. Hier wirkte er 35 Jahre. Er begründete mit seinem Umtgenossen Dr. Köhler zusammen 1878 den Erzgebirgsverein, dessen langjähriger Vorsitzender nach Dr. Köhlers Abgang er gewesen ist. Die großen Bauten auf dem Fichtelberge und Auersberge, die Ausdehnung des Vereinsgebietes durch Begründung von weit über 100 Zweigvereinen sind vor allem ihm zu danken. Mit Recht ernannte ihn der Gesamtvorstand bei seinem Scheiden aus dem Amte zum Ehrenvorsitzenden und errichtete eine Modelstiftung. Auch Schneeburg ehrt den Scheidenden, der lange Jahre dem Stadtverordnetenkollegium vorgestanden hatte, durch den Ehrenbürgerbrevier. Die letzten Jahre des nun Heimgangenen waren durch ein schweres Darmleiden getrübt. Am Dienstag wird er in Dresden zur letzten Ruhe bestattet.

Johanngeorgenstadt, 26. Juli. Ermordet und verhaftet aufgefundene wurde im Hochwald bei Platten i. B. ein Spieghändler aus Selzengrund, der Spieghen von größerem Werte über die Grenze geschafft hatte. Bei der Leiche fand man nur den leeren Rucksack. Uhr mit Ketten hatten die Mörder ebenfalls an sich genommen. Als mutmaßliche Täter sind zwei als Schmuggler bekannte Brüder verhaftet worden.

Döbeln i. B., 26. Juli. Brandstiftung. In der Nacht zum Sonnabend brannte eine mit grohen Haurockten neuer Ernte gefüllte Scheune nieder. Das Feuer ist auf Brandstiftung zurückzuführen. Vor einigen Monaten wurde gelegentlich der Hölg-Urruh eine ebenfalls reich gefüllte noch höhere Nachbarscheune in der Schönederstraße in Brand gesetzt.

Leipzig, 26. Juli. Verbandsgründung. Um Sonntag tagte hier eine größere Anzahl von Vertretern der im Reiche in den letzten Monaten errichteten Ortsgruppen, die die Fernsprechgebühren-Erhöhungen und die Zwangsankündigung von 1000 Mark energisch bekämpfen. Nach längerer Aussprache wurde die Gründung eines Verbandes der bestehenden 65 Ortsgruppen beschlossen.

Dresden, 26. Juli. Der heilige Bureaucratius. Eine deutsche Firma hatte Schreibmaschinen ausgeführt. Sie erhielt von dem Empfänger den Bescheid, daß nicht Maschinen, sondern Steine angekommen wären. Um die Ungelegenheit gründlich untersuchen zu können, erbat die deutsche Fabrik die Rücksendung der Kiste mit dem Inhalte; jedoch wurde für diese Rücksendung der Kiste mit Steinen keine Einzelfreizeitung von den deutschen Amtmännern erteilt.

Gerichtsraum.

Wegen verschiedener Waren- und Metalldiebstähle, die bei der Firma R. in Bitterfeld verübt wurden, wurden von der zweiten Strafkammer des Landgerichts Zwickau der 23 Jahre alte Fabrikarbeiter Johann Schmidt in Bitterfeld zu einem Monat und der 21 Jahre alte Maschinenbauer Walter Müller in Johanngeorgenstadt zu einem Monat zwei Tage Gefängnis verurteilt, während der 44 Jahre alte Schlosser Karl Dögl in Gosa wegen Gehärtel fünf Wochen Gefängnis erhält.

Bestrafte Gehärtel. Der 18-jährige Barbierlehrling Gerhard Winter aus Hartenstein war vom dortigen Schöffengericht wegen Diebstahl in zwei Fällen zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Die hiergegen von dem Vater Winters eingewendete Berufung wurde von denselben Strafkammer verworfen. In derselben Sache war die Fabrikarbeiterin Martha Enghardt in Hartenstein angeklagt, von dem genannten Gerhard Winter 40 Pfund Kartoffeln sowie zwei Servietten und mehrere Bartschentester, die

W. seinem Eltern entwendet hatte, gekauft und sich dadurch der Gehärtel schuldig gemacht zu haben. Sie war aber vom Schöffengericht Hartenstein freigesprochen worden, doch wurde dieses Urteil fest auf die Berufung der Staatsanwaltschaft aufgehoben und sie zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Aufdeckung eines großen Schieberlagers. In Braunschweig wurde dieser Tage ein alter Schuppen einer Durchsuchung unterzogen. Dabei fand sich ein großes Lager von belgischen und französischen Maschinen, Spiralbohrern und anderen Maschinenteilen, unfertigen Geschäftshören, Maschinengewehrtellern und dergleichen im Gesamtwerte von mehreren Millionen Mark. Die Gegenstände sollten offensichtlich abtransportiert werden. Dem Anschein nach gehörten sie einer Düsseldorfer Firma.

800000 Mark veruntreut. Dieser Tage hat sich der 58 Jahre alte Depositenklassenrendant der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg erschossen. Wie sich herausstellt, hat der Beamte, der bereits 25 Jahre im Dienst war, aus den ihm anvertrauten Beständen Wertpapiere in Höhe von 800000 Mark veruntreut. Die Papiere verlaufen er. Den Gelds verlor er in Königsberg, und Arnsdorf mit bekannten Spielern und bei Kennwerten. Die Diebstähle können höchstens fünf bis sechs Wochen zurückliegen.

Im Zug ausgeraubt. Auf der kurzen Fahrt von Altrahstedt nach Arensburg sind dem Kaufmann W. Schiffer von einem in Wandsbek eingestiegenen Reisenden unter Bedrohung mit einem Revolver 15000 Mark geraubt worden. Dann zog der Räuber die Pistole und sprang aus dem langsam fahrenden Zug heraus. Er ist entkommen.

Überfall auf einen Güterzug. Als der Elbgüterzug 8062 von Boizenburg in Richtung Hamburg abfuhr, sprangen mehrere Männer auf den noch in langsamer Fahrt befindlichen Zug, zertrümmerten die Fenster eines Postwagens und verloren in den Wagen zu gelangen, um die Postsachen zu rauben. Dies glückte ihnen aber nicht. Die Räuber sprangen ab, bevor der Zug in schnellere Fahrt kam.

Das Tragen von Dirndlkostümen verboten. Der tschechische Stadtrat der Stadt Eibenschütz, einer Stadt, die noch vor kurzer Zeit überwiegend deutsch war, nach und nach aber durch die bekannten Mittel tschechisiert wurde, hat das Tragen von Dirndlkostümen verboten, weil diese eine deutsche Alpenpracht darstellen. Der Stadtrat hat weiter das Deutschsprechen auf öffentlichen Plätzen untersagt.

Letzte Drahtnachrichten.

Aufenthaltskoffer der Simon's Reichstagssiede.

Berlin, 27. Juli. In den Besprechungen der gesetzlichen Riede des Ministers des Innern im Reichstag Dr. Simon's haben die Blätter hervor, daß seine Aussführungen nicht nur bei den Deutschnationalen Widerspruch gefunden, sondern auch in Kreisen der deutschen Volkspartei einiges Bestrebend erregt hätten. Besonders seine Behandlung der Fahnenaffäre vor der französischen Botschaft und die Unerkenntung einer aufbauenden Tätigkeit der Bolschewisten wäre bestimmt worden. Der Vorwurf will sogar die Möglichkeit einer bevorstehenden Kabinettsskrise sehen. Demgegenüber berichtet der Lokalangeiger, daß in einer gestern stattgefundenen Fraktionssitzung der deutschen Volkspartei wohl die Ansicht zum Ausdruck gekommen sei, daß der Minister stärkere Worte des nationalen Bewußtseins hätte finden müssen, daß es aber zu einer Krise nicht kommen werde.

Zum Fleißgenossenschaft in Berlin.

Berlin, 27. Juli. Der Rohrleger Paul Kramer s. r., der am Tage der französischen Nationalfeier vom französischen Botschaftsgebäude die Fahne heruntergezogen hatte, ist aus der Haft entlassen worden mit der Begründung, daß sowohl wegen seiner festen Wohnung als auch wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe Fluchtverdacht nicht vorliege.

Waffen- und Munitionskauf.

Berlin, 27. Juli. Die Blätter melden aus Braunschweig Entdeckungen geheimer Waffen- und Munitionslager. In der Nähe von Freilicht ist wurden 85 Infanteriegewehre ausgegraben, die durch Studenten aus Braunschweig an die Fundstelle gebracht worden sein sollen. In der Wohnung eines Studenten fand in Braunschweig wurden 4 Maschinengewehre und 4000 Schuß Munition beschlagnahmt. Auch in Helmstedt wurden 125 Infanteriegewehre, 2 Maschinengewehre und eine größere Menge Munition aufgefunden. Einige Personen in Helmstedt wurden verhaftet. Die Staatsanwaltschaft hat in allen Fällen eine Untersuchung eingeleitet.

Reine internationale Solidarität!

Berlin, 27. Juli. Wie die Blätter aus Duisburg melden, wurde den Dührbergleuten auf eine Anfrage an das internationale Gewerkschaftsbüro, wie sich die Arbeiter der anderen Länder zu einer Aktion gegen die von der Entente geforderte Mehrleistung im Rohröhrenbergbau stellen würden, geantwortet, daß eine internationale Aktion der Bergarbeiter nicht zu erwarten sei. Dies gelte besonders für die gemäßigten Arbeiterorganisationen England, Frankreich und Belgien. Das radikale Arbeiterbündnis des Sozialistischen Bündnisses würde sich dagegen bereit erklären, die deutschen Bergarbeiter in einem Kampfe zu unterstützen.

Französische Truppenmarsch durch Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. Juli. Der Frankfurter Zeitung wird unter dem 24. Juli auf dem besetzten Gebiet geschrieben: Die Franzosen bereiten seit etwa zehn Tagen eine Expedition nach Polen durch Deutschland vor und haben für die Beförderung zunächst den Wasserweg gefunden, daß die Transporte zur Bildung der in Oberfranken liegenden Truppen in

Wach gesetzt werden. Ein Transport von 21 Wagen, der als Sanitätszug bezeichnet wurde, ist bereits abgegangen. Die Waggons enthielten in Wirklichkeit Munition und Maschinengewehre. Ein zweiter, ähnlicher Transport von 18 Waggons geht in den nächsten 48 Stunden ab. Frankreich bedachtigt, weit größere Transporte auszuführen und ihren Durchmarsch, wenn die politische Lage es erlaubt, auf diplomatischem Wege durchzuführen.

Der Vertrag auf Schatz.

Berlin, 27. Juli. Kein Blättermeldung aus Magdeburg wurde dort der Führer der Unabhängigen Große wegen Lebensmittelabschüttungen verhaftet. Als Betriebsrat der Krupp-Gruen-Werke hatte er von der Reichsfeuerwehr in Berlin mehrere Wagenladungen Bett durchschwindeln, daß er mit Streik der Arbeiterschaft drohte, wenn die Lebensmittel nicht geliefert würden. Große hat dann das Schmalz verschoben.

Der Bürgerkrieg in China.

London, 27. Juli. Times melden aus Peking: Die Stadt Peking befindet sich wieder in großer Unruhe. Die Tore der Stadt sind geschlossen und mit starken Wachen besetzt. Die Truppen von Tschaungtschin und Wupeku haben die Stadt ein und umzingeln. In ihre legten Wideracher. Bis jetzt haben noch keine Verhandlungen stattgefunden, doch verlautet, daß die Untergreifer die Stadt nicht mehr betreten werden.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Mittwoch, 28. Juli: Abend 8 Uhr Bibelst. im gr. Pfarrhausaal über den Brief an die Brüder: Post-Herzog. — Donnerstag, 29. Juli: Abend 8 Uhr Männerabend und Christi. Verein junger Männer: Spaziergang. Versammeln dazu abends 7 Uhr im Blaufarbenen Niederpfannenstiel. — Freitag, 30. Juli: Abend 8 Uhr Vorbereitung der Kindergottesdienst-Helferinnen: Post-Dorf.

Friedenskirche.

Freitag, 30. Juli: 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst.

Amtliche Bekanntmachungen.

Ausgabe von Seifenpulver.

Für Monat August werden nicht auf Seifenkarten, sondern außer „Z 2 Sonstige“ der vom 26. Juli bis 22. August gültigen Lebensmittelkarte 125 g Seifenpulver ausgegeben. Die Händler haben wie bisher die gesammelten Abschläge bis spätestens

5. August

Ihre Ortsbehörde überstreich aufgesetzt oder in Umschlägen verpaßt mit einer Aufstellung eingereicht.

Die Ortsbehörden stellen auf Grund der abgelieferten Lebensmittelkartenabschläge Empfangsbestätigungen wie bisher aus. Die Abgabe von Seifenpulver an Wiederbeschaffer erfolgt nur gegen Abgabe der Empfangsbestätigungen.

Schwarzenberg, am 28. Juli 1920.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Aue.

Pferdefleischverkauf

Mittwoch, 28. Juli, vorm. 1/10—12 Uhr bei Rohschlächter Brause. Gültig sind die Karten Nr. 18701—18900. Auf Abschnitt Kentfällt je einviertel Pfund. Die vorstehenden Zeiten sind genau einzuhalten und ist eine spätere Belieferung ausgeschlossen

Aue, den 20. Juli 1920.

Der Rat der Stadt.

Bekanntmachung.

Die unterzeichnete Sparkasse ist Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen im Freistaat Sachsen.

Die Prämien für die bei der Unfall abgeschlossenen Versicherungen können aus den bei der unterzeichneten Sparkasse bewilligten Spareinlagen bezahlt werden.

Bis zum Überweisungstage werden die Prämienbeträge von der Sparkasse verziert.

Anträge auf Lebensversicherungen mit und ohne ärztliche Untersuchung sowie auf Rentenversicherungen werden in den Dienststunden der Sparkasse entgegenommen.

Einwohner — auch weibliche —, die gegen Vergütung beruflich oder nebenberuflich für die öffentliche Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen werden wollen, mögen sich sofort melden.

Aue, am 26. Juli 1920.

Die Sparkassenverwaltung.

Pflichtfeuerwehr Aue.

Mittwoch, den 28. Juli 1920 abend 7 Uhr Übung Familiärer Jäge am Feuerlöschgerätem.

Unplünliches oder Nichterlaubnen der Mannschaften muß nach der Bestimmung der Feuerlöschordnung bestraft werden.

Aue, 26. Juli 1920.

Der Oberführer.

Blechwaren

im Preise bedeutend ermäßigt

Tassensiebe mit kurzem Stiel	0.45
Kaffeessiebe mit langem Holzstiel	0.50
Durchschläge, flach	1.45 bis 2.95
G-mäuseschneider, 11-28 cm	0.75
Gurkenschneider, 11-28 cm	0.75
Reibelen, halbrund, 32 cm groß	1.95
Frucht- oder Kartoffelpressen, Weißblech	8.75
Backbleche aus Schwarzblech in allen Größen und Formen vorrätig	von 0.75 bis 4.95
Trichter, Weißblech	von 0.55 bis 0.95
Taschenflaschen, Weißblech, flach	0.45
Seifendosen, Weißblech, oval	0.25
Salz- und Pfefferstreuer, Weißblech	0.45

Verzinkte Eimer

28 cm 19⁵⁰ 30 cm 22⁵⁰ 32 cm 25⁵⁰

Kaufhaus Schocken</

Emil Böttcher und Frau | Oskar Böttcher und Frau

Carola geb. Wachsmuth

Rosa geb. Wachsmuth

danken für die zu ihrer Vermählung erwiesenen
Aufmerksamkeiten.

Aue, im Juli 1920.

Ihre Vermählung zeigen an

Max Drechsel und Frau
Frieda geb. Spitzner.

Aue, am 27. Juli 1920.

Ihre am heutigen Tage vollzogene
Vermählung
bedenken sich anzusegnen

Ewald Panian u. Frau
Elisabeth geb. Sauerstein.

AUE, den 27. Juli 1920.

Für die zu unserer Vermählung in so rei-
hem Maße zuteil gewordene Gefende und
Gratulationen danken wir allen aufs herzlichste.

Guido Richter und Frau
Emma geb. Schöbel.

Aue, im Juli 1920.

Heute nacht verschied nach langem, schwerem,
mit großer Geduld ertragenem Leiden meine
liebe Gattin, unsere herzensgute Mutter, Tochter,
Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Thekla Clara Schwarz
geb. Reich
im Alter von 41 Jahren.

In tiefstem Schmerze
Paul Schwarz
nebst Kindern und Angehörigen.

Auerhammer, Küfnacht (Schweiz), Mart-
mannsdorf, Sachsenfeld, Berusgrün, Mauritius
(Afrika), den 27. Juli 1920.

Die Beerdigung findet Freitag mittag 1 Uhr statt.

Achtung! Baumeister!
Bauunternehmer!

Zu billigen Bauten circa 100 Meter gefundene

Bauholz

von einem Abbruch, preiswert zu verkaufen.

Emil Frank, Buchholz I. So., Fernsprecher 761.

Harmoniums

von 1300 Mr. Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet!

Auer Musikhaus, G. m. b. H.

Dorfparole

ein Rauchtabak, rein überseisch, mit Virl-
giniamischung in Grob- und Schlagschnitt

Rauchtabak, gar. rein, Pfd. 17.50, 23.- 24.- 25.- 28.-

Adolf Rosengarten, Metzschstr. 20

Tabakwaren-Spezialhandlung.

Paket
225

Gummiwaren

Mutterlyriken, Frauentreppen,
feste Frauenartikel

Blasfagen usw. Distr. Verland,

w. Henninger,

Dresden 108, am See 87.

Verloren

eine rote Granatschale.
Geg. Bel. abg. im Auer Tgbl.

Eigene

Probierstube: **Gerichtsschänke.**

Zur Aufklärung!

Die Firma Ernst Schmutzler, Lößnitz,

will beim kaufenden Publikum den Anschein erwecken, als kaufe man bei dieser direkt von einer Möbelfabrik zu besonders billigen Preisen.

Wir erklären hiermit, daß dies nicht der Fall ist

sondern, dass die Firma E. Schmutzler Ihre Möbel
genau bezieht, wie unterzeichnete Firmen,

wo durch langjährige Praxis die Gewähr vorhanden ist, daß die Kundenschaft
aufs Beste und Reelieste bedient wird.

Der allgemeinen Lage Rechnung tragend, werden wir ohne
Rücksicht auf die Selbstkosten **in Preisen das Ausserste tun.**

Robert Eisel & Sohn,

Albert Gebhardt,

Emil Helmboldt,

Möbelgeschäfte, AUE I. Erzgeb.

Nebenverdienst

oder Eigentum d. Errichtung
eines Volksland-Geschäfts
nach amer. Muster. Kein
Kapital nötig. Reicht zur
Haus. **Sofer Werdenfels**
Strong reell. Warenmuster
und Anleitung gegen Mr. 2.
W.Unger, Zwidau, Sa.
Geobörse. 9.

Im Riesen-Pfosten

schöne breite Tischlereiware,
zugleich Altenstelle, fert. Alten
Sattelstühle, Holzwolle
Schwache Bretterchen, Dreherien
gebag. Rufen, Holzleuchten
Spieldenzen usw. liefert
Sägewerke Schmalzsch
Schneeberg. — Tel. 13.

Geehrte

Hausfrauen!

Das Gaftaus „sum Stern“
Reichhalt. werden ein paar Tage
lang Töpfe, Schüsseln, Pfannen u.
berg. gut u. dauerhaft
eingeflekt, sowie auch gut ver-
arbeitet und hält dann wie neu.

Gebr. gut erhaltenes

Plüschtosca

mit 2 Sesseln,
alter runder Tisch
u. 1 Badewanne

zu verkaufen.

Wettinerstraße 19, II L.

1 dünneb. gebr. Anzug.

1 Samtmantel.

3 mtr. weißer Satin.

1 groß. Kaffeedose, Rücken-
angef. m. Garn

preiswert zu verkaufen.

Zu erkennen im Auer Tageblatt.

Neues Büffet

wegen Platzmangel billiger
verkaufen.

Drudenstraße 2, III.

1 Paar neue

Bergschuhe

preiswert zu verkaufen.

Angebote unter A. T. 3430

an das Auer Tageblatt erbeten.

Geldbörse mit Inhalt

u. Schlüsseln von Wallerode
bis Schneidersberg. gest. abd.
verloren. Gieber erhält als
Belohnung, die Hälfte des Geld-
inhaltes. Bitte abzugeben im
Auer Tageblatt.

Zum Markttag, morgen Mittwoch, eine Ladung feinsten

Einleges- und Salatkürbiken, Tomaten, Bananen,

Zwiebeln, Möhren, Zitronen, neue saure Gurken,

3 Std. 1 Mr., 11. Getreideringe, 1 Std. 90 u. 110 Pf.,

an Händler Vorzugsspreise, sowie eine Ladung Birnen
und Käse, billig.

L. Melzer.

Kammerjäger

Berg's

Radikalmittel

Beste Zeit zur Brutvernichtung.

Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpackungen.

Verkauf: **Wettin-Drogerie Hermann Heimer.**

Bitte ausdrücklich nur Nicodaal zu verlangen.

Erdal

Schuhputz



Bedenke.

daß man klug vermeidet.

worunter Schuh und

Leder leidet.

Hingegen wählt man

mit viel Nutzen

Erdal, um seine Schuh

zu putzen!

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz

Halt! Halt!

Denken Sie Ihren Bedarf an Löffel:

Rum, Korn usw. von der Löffelfabrik

Max Sieber, Aue i. E.,

Schwarzenbergerstraße.

Löffel, garantiert ohne Süßstoff.

Spezialität: Schwedenpunsch.

Eigene Probierstube: **Gerichtsschänke.**